klartext

Nr. 19/2016 13. Mai 2016

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Griechenlandkrise: EU-Politik versagt

Die nächste Runde der Griechenlandkrise hat begonnen. Und die Kreditgeber stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Politik. Denn die von der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) verordneten Kürzungen bei Löhnen und Staatsausgaben haben Griechenlands Krise kein Bisschen gelöst.

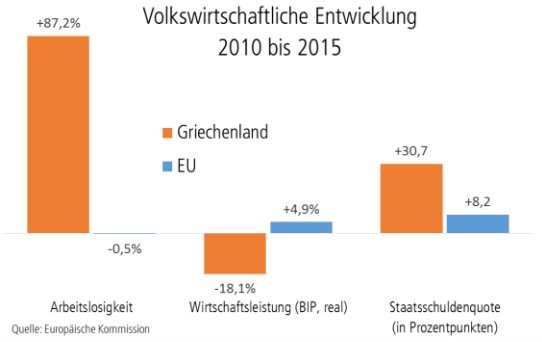
Im Gegenteil, der Kurs hat seit 2010 dazu geführt, dass Rentner und Beschäftigte weniger Kaufkraft haben, die Unternehmen weniger umsetzen und der Staat weniger Steuern einnimmt. Entsprechend sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Arbeitslosigkeit explodierte und der Anteil der Staatsschulden am BIP stieg (siehe Grafik). Die Staatsschuldenquote könnte schon bald 200% erreichen. Mittlerweile werden die Schulden wirklich erdrückend. Was zu Beginn der Krise noch hätte verhindert werden können, wird dank der falschen Politik von Bundesfinanzminister Schäuble und seinen Troika-Partnern jetzt drängend: Schuldenerleichterungen.

Dafür kämpft vor allem der IWF. Er will einen Schuldenschnitt, um die griechische Schuldentragfähigkeit wieder herzustellen. Denn ohne diese darf er keine Notkredite an Hellas vergeben und müsste die Troika verlassen. Kernkritik des IWF: Im Gegensatz zu den Europäern glaubt er, dass die im Sommer 2015 mit Griechenland vereinbarten Rentenkürzungen, Steuererhöhungen und sonstigen Maßnahmen nicht zum angepeilten Ziel führen, bis 2018 einen Überschuss von 3,5 % vor Zinszahlungen im griechischen Staatshaushalt herzustellen. Der IWF hält dieses Ziel für nicht erreichbar und die griechischen Schulden damit für nicht tragfähig.

Vor allem die Bundesregierung will den IWF als Partner gegenüber Griechenland behalten, da sie in ihm einen gleichgesinnten Verfechter der Kürzungspolitik sieht. Gleichzeitig will sie aber keinen Schuldenschnitt akzeptieren. Wahrscheinlich, um nicht zugeben zu müssen, dass ihr Kurs auch Verluste für Deutschland bringt und damit Griechenland unter Kürzungs-Druck bleibt.

Immerhin musste Schäuble mittlerweile offenbar akzeptieren, dass über Schuldenerleichterungen geredet wird. Aber ob und in welcher Form diese kommen, ist noch lange nicht klar. Der Streit zwischen Schäuble und dem IWF hält an. Und wenn zwei Gläubiger sich streiten, könnte der Leidtragende am Ende der Schuldner sein. Um den IWF an Bord zu halten, schlägt die Bundesregierung vor, dass Griechenland Sparmaßnahmen auf Vorrat beschließt. Wenn der Primärüberschuss die 3,5 % nicht erreicht, sollen erneut 3,5 Milliarden gekürzt werden. Das heißt, wenn es wirtschaftliche Probleme gibt, soll Griechenland der Wirtschaft noch mehr Geld entziehen, und die Probleme verschlimmern – absurd.

Griechenland braucht endlich wirkliche Hilfe. Die vor einem Jahr zugesagten Hilfskredite müssen jetzt fließen. Zins- und Tilgungszahlungen sollten ausgesetzt werden, bis die Wirtschaft besser läuft. Die EZB muss, wie bei anderen Krisenländern, auch griechische Staatstitel kaufen können. Und vor allem braucht Griechenland jetzt schnell ein Wachstumsprogramm, Investitionen, statt Kürzungen und Lohndruck.



Verantwortlich: Stefan Körzell, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Kontakt: carina.ortmann@dgb.de
Abonnement für „klartext" und „standpunkt" unter: http://www.dgb.de/service/newsletter